

## Handelsblatt

---

[Handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) vom 07.08.2022

Meinung Gastbeiträge Expertenrat Marcus Schreiber  
Gastkommentar

### **Inflation, Arbeitsmarkt, Steuern: Nur starke Anreize werden zu Veränderungen führen**

**Die Politik mahnt seit Monaten, Gas einzusparen, und versucht, die Inflation abzufedern. Die Krisen lassen sich aber nur meistern, wenn die Anreize erhöht werden.**

Immer wieder werde ich von Nichtökonomern im Freundeskreis gefragt, womit ich denn genau meine Zeit verbringe. Spieltheorie oder Marktdesign sind relativ sperrige Begriffe, aber im Kern geht es um das Setzen von Anreizen. Genauso wie ein Bauingenieur sich besser an die Gesetze der Statik hält, sollten sich Unternehmenslenker der Anreize bewusst sein, die sie setzen.

Sie müssen sich systematisch die Frage stellen, wie die Ziele, Regeln und Prozesse, die sie aufstellen, das Verhalten derjenigen beeinflussen, die sie zum Umsetzen ihrer Ziele brauchen, zum Beispiel Mitarbeiter oder Lieferanten. Paradoxerweise scheint es in der Politik den gegenteiligen Trend zu geben, was wir bei der aktuellen Debatte um steigende Preise erleben.

Was die Inflation zum jetzigen Zeitpunkt so speziell macht, sind deren klare Auslöser. Die großen Preistreiber sind Energie, Bau und Logistik. In diesen Bereichen trifft eine zu große Nachfrage auf ein zu geringes Angebot. Wenn wir vermeiden wollen, dass sich dies über eine Lohn-Preis-Spirale jahrelang perpetuiert und möglicherweise sogar in einer Stagflation endet, dann sollten wir das Problem an der Wurzel packen.

Die Energiekrise kann nur beendet werden, wenn schnell Solaranlagen auf Dächer geschraubt und LNG-Terminals gebaut werden. Gestörte Lieferketten können nur stabilisiert werden, wenn Menschen an den Engstellen auch wirklich arbeiten - und das alles bei einem Mangel an Arbeitskräften, vor allem solcher, die bereit sind, sich die Hände schmutzig zu machen.

Preise sind in der Regel großartige Steuerungselemente. Sie erzählen uns sehr genau, was wir tun und was wir lassen sollten. Im Moment schreien sie laut: "Reduziert den Energieverbrauch!" und "Kommt arbeiten!" und "Baut nur dann, wenn es jetzt unbedingt sein muss." Diese Botschaft der Preise versteht in der Regel jeder.

>> Lesen Sie auch: Steuerfreie Einmalzahlungen - von Olaf Scholz' Vorschlag würden vor allem Gutverdiener profitieren

Interessanterweise war es für Verbraucher noch nie so leicht, den wirklich harschen Folgen der Inflation auszuweichen: vor allem, indem man konsequent Energie spart. Und was macht die Regierung? Statt die Anreize zu erhöhen, den hohen Energiepreisen auszuweichen und ein Verharren im Status quo möglichst unattraktiv zu machen, versucht sie, "die härtesten Folgen der Inflation" abzufangen und appelliert daran, doch bitte kürzer zu duschen. In der Konsequenz verkonzumieren die privaten Haushalte Gas, Strom und Benzin wie eh und je. Das Gegenteil wäre aber nötig.

Wenn Leute weniger oder gar nicht arbeiten

Überall da, wo öffentliche Nachfrage zur Preisexplosion beiträgt oder private Tätigkeit sogar verdrängt, sollten staatlich finanzierte Bauvorhaben verschoben, gestreckt oder auf Eis gelegt werden. Eine kurzfristige Konzentration auf öffentliche Projekte, die zur Energievorsorge beitragen und Logistikengpässe beseitigen, schont nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern trägt wesentlich zur Preisstabilität bei.

Und auf dem Arbeitsmarkt? Wenn es einen gemeinsamen Nenner zwischen modernen Konservativen, Linken und Liberalen gibt, dann wohl das Ideal der Chancengerechtigkeit. Der aktuelle Arbeitsmarkt ist der Inbegriff der Chancengerechtigkeit. Egal ob hochqualifiziert oder völlig ohne Abschluss - auf jeder Ebene werden händeringend Mitarbeiter gesucht.

Wer zumindest bis drei zählen kann und ansatzweise Lernbereitschaft oder Engagement zeigt, findet zumindest in Süddeutschland problemlos einen für den jeweiligen Ausbildungsstand gut bezahlten Job. Es hat also fast jeder die Chance, sich aus der Inflation rauszuarbeiten und auch hier - gesellschaftlich gesehen - eine Ursache der Preiserhöhungen gleich mit zu beseitigen.

Aber egal wo man gerade hinschaut, klagt die Wirtschaft über Arbeitskräftemangel. Baustellen stehen still, Handwerker und Gärtner verschieben Aufträge und erhöhen die Preise. In der Gastronomie, an den Flughäfen und im Pflegebereich heißt es, die Leute wären während der Pandemie gegangen und kämen auch nicht mehr wieder.

Ja, wo sind sie denn hin? So schnell sind wir als Gesellschaft auch wieder nicht gealtert, dass der demografische Wandel binnen weniger Monate am Arbeitsmarkt durchschlagen könnte.

Dass praktisch alle Branchen klagen, lässt den Schluss zu, dass viele gar nicht mehr oder deutlich weniger arbeiten. Der Kolumnist Jan Fleischhauer tweetete diese Woche eine Zusammenfassung seines aktuellen Artikels im Focus: "Es gibt zwei Zahlen, die niemand zusammenbringt. Oder zusammenbringen will. 1,7 Millionen und 1,6 Millionen. Das eine ist die Zahl der Stellen, für die dringend Leute gesucht werden. Das andere die der Menschen, die arbeitslos sind und Hartz IV beziehen." Und die Regierung feiert sich derweil für die endgültige Abschaffung von Hartz IV.

Fehlanreize, wo man auch hinschaut

In meiner Physiotherapiepraxis arbeitet kaum einer der Angestellten Vollzeit. Mein Therapeut erklärt mir, bei der existierenden Steuer- und Abgabenlast sei es völlig idiotisch, Vollzeit zu arbeiten. Wenn, dann mache man auf Privatrezept Hausbesuche für 120 Euro die Stunde. Ich bin der Letzte, der private Präferenzen infrage stellt, und Work-Life-Balance ist eine prima Sache. Wenn aber die Summe unserer individuellen Präferenzen uns kollektiv ins Desaster führt, dann ist es nicht der Job des Staates, unseren privaten Hedonismus zu alimentieren.

Seit 2005 ist die Schwelle für den Spitzensteuersatz nur um zwölf Prozent gestiegen, die Inflation lag aber bei über 30 Prozent. Die breite Mittelschicht, die den Spitzensteuersatz nicht ganz erreicht, wird gleichzeitig von 20 Prozent Sozialabgaben und Grenzsteuersätzen von über 30 Prozent getroffen - kein Wunder, dass weniger zu arbeiten so attraktiv ist.

Und warum sind eigentlich Rentner, wenn sie trotz Rentenanspruch ganz oder teils arbeiten, nicht von der Sozialversicherung befreit (die Arbeitgeber können ja gerne weiterzahlen)? Warum gibt es keine zusätzlichen Freibeträge für arbeitende Rentner? Warum werden potenzielle Arbeitnehmer jenseits der 520-Euro-Jobs, wenn sie in den Arbeitsmarkt eintreten wollen, durch den schlagartigen Wegfall der Sozialleistungen ökonomisch gesehen de facto mit 60 bis 100 Prozent besteuert?

In der "Zeit" war neulich zu lesen, mehr zu arbeiten sei eine Debatte von vorgestern. Ich bin vom absoluten Gegenteil überzeugt. Wenn wir bessere Bildung und Pflege wollen, wenn wir ein klimaneutrales Energiesystem aufbauen wollen, fällt das alles nicht vom Himmel, wir müssen anpacken und damit Mehrarbeit und Unternehmertum attraktiver machen. Es wäre nicht ganz frei von Ironie, wenn sich ausgerechnet eine rot-grün dominierte Bundesregierung vor allem aus dem anreizorientierten Instrumentenkoffer klassischer Angebotspolitik bedienen müsste, um diese Krise zu meistern.


Mehr: Appelle statt Anreize: Unmut von Ökonomen über Habecks Gas-Sparpolitik wächst

*Schreiber, Marcus*

<b>Quelle:</b>	<a href="https://www.handelsblatt.com">Handelsblatt.com</a> vom 07.08.2022
<b>Rubrik:</b>	Meinung Gastbeiträge Expertenrat Marcus Schreiber
<b>Dokumentnummer:</b>	HB_28569340

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:** [https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON\\_HB\\_28569340](https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON_HB_28569340)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:  
[nutzungsrechte@handelsblattgroup.com](mailto:nutzungsrechte@handelsblattgroup.com)

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH